

Die RuCh-Frage ...

Strategische Fragen - über den Ukrainekrieg hinaus!

Teil 1/3

In diesem Blogbeitrag geht es nicht nur um den Krieg in der Ukraine, es geht um mehr. Es geht auch um die „Russland-China-Frage („RuCh- oder Neo-eurasisch-pazifische-Frage“¹). Sie wird zur wichtigsten geostrategischen Frage in der Mitte des 21. Jahrhunderts avancieren.² Und es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie zum 3. Weltkrieg eskaliert. Darum will dieser Blogbeitrag diese Frage diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Er wählt dabei einen deduktiven Ansatz, da das zugrunde liegende Problem die gesamte Weltordnung des 21. Jahrhunderts betrifft: Nach einer kurzen Darstellung hierüber und Deutschlands Rolle darin (Teil 1) geht es in einem 2. Teil um die Rolle Chinas und Russlands. Der finale Schlussteil widmet sich dann dem Krieg in der Ukraine und wie der „Westen“ diesen Konflikt im Sinne des Vorgenannten lösen sollte.

1. Teil

Betrachtet man das „**Schachbrett der Welt**“,³ so findet man neben vielen Bauern auch einige Könige (reich, aber politisch-militärisch eher schwach, etwa Deutschland),

¹ „Neo“ deshalb, weil es sich bei dieser Frage um eine (stark modifizierte) Neuauflage des „Great Games“ des späten 19. Jahrhunderts handelt (vgl. diesbezüglich den Eintrag „The Great Game“, abgerufen am 25.07.22 unter https://de.wikipedia.org/wiki/The_Great_Game). In dieser Neuauflage ist China nun Drache, nicht mehr Papierdrache. Zum Konfliktfeld im Überblick vgl. etwa J. M. Pepe, Eurasia: Playing Field or Battle Field?, in: DGAP-Analyse v. Juli 2019, abgerufen am 28.07.22 unter https://dgap.org/system/files/article_pdfs/2019-4-dgapanalyse.pdf; Vgl. auch die interaktive Karte „Neue Geopolitik in Eurasien“ auf den Seiten der Friedrich-Ebert-Stiftung, abgerufen am 28.07.22 unter <https://www.fes.de/referat-asien-und-pazifik/themen/neue-geopolitik-in-urasien>. Zur Bedeutung des Begriffs „Eurasien“ für das neuere russische strategische Denken vgl. etwa das Schlagwort „Eurasismus“ in der Wikipedia, abgerufen am 28.07.22 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurasismus>, sowie A. Umland, Das eurasische Reich Putins und Dugins, 2014, abgerufen am 28.07.22 unter <https://d-nb.info/1065628501/34>. Diese „Philosophie“ findet auch im Westen ihre Anhänger, sei es beim „III. Weg“ oder bei den Esoterikern. Denn sie verfolgt, scheinbar logisch, eine Politik des „3. Weges“ eines „naturverbundenen volkstümlichen Nationalen Sozialismus“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

² Von dem viele sagen, dass es ein „chinesisches“ werden werde, vgl. diesbezüglich etwa M. Stürmer, Das chinesische Jahrhundert, Die WELT v. 11.05.2018, abgerufen am 25.07.22 unter <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article176255366/Zeitenwende-Das-chinesische-Jahrhundert.html>.

³ Zur Idee des Schachbrettes als Metapher vgl. etwa B. Rode, Das Eurasische Schachbrett - Amerikas neuer kalter Krieg gegen Russland, 2017; Z. Brzezinski, Second Chance, New York, 2007; derselbe, The

wenige Damen (wirtschaftlich und politisch-militärisch mächtig, etwa die USA) und eine Reihe von Türmen, Läufern und Springern (mehr oder weniger potent, etwa Russland oder Großbritannien). Insgesamt befinden sich, folgt man der Lesart der UNO, 195 Spielfiguren auf dem Feld, was zeigt, dass wir es mit einem ganz besonderen und hinreichend komplizierten Schachspiel zu tun haben!

Anders als beim Brettspiel findet man auf dem Schachspiel der Welt nicht nur „weiß“ und „schwarz“, sondern eine **Vielzahl von Grautönen**, von „Eierschale“ über „Elfenbein“ bis hin zu allen möglichen Abstufungen von Anthrazit. Zumindest wenn man die **„Aufgeklärte Staatsauffassung“ als Unterscheidungsmerkmal**,⁴ sozusagen als „politischen Lackmустest“ oder „Schwarzlicht“, verwendet. Legt man diesen Bewertungsrahmen an, so strahlen Staaten umso heller, je mehr in ihnen das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip gelten und je mehr in ihnen Gewaltenteilung und ein hinreichender, effektiver Grundrechtsschutz bestehen.

Beleuchtet man die Staaten der Welt mit dem „Schwarzlicht“ der „Aufgeklärten Staatsauffassung“, so gibt es die relativ **„hellen“ Staaten des „Westens“**, die Demokratien Nordamerikas, Europas und des Pazifiks. Und es gibt die aus unserer (politischen) Sicht „finsteren“ Staaten, wie etwa China, Russland, den Iran oder Saudi-Arabien. Zwar geben sich auch diese oft einen gewissen demokratischen Anstrich, etwa in Form von Wahlen. Dies ändert jedoch nichts an ihrer grundsätzlichen Bewertung als **Autokratien**, in denen kleine und kleinste Machtzirkel dauerhaft und weitgehend ungestört von Wahlvolk, Verfassung, Grundrechten oder irgendwelchen „Checks & Balances“ das Sagen haben. Zu dieser „dunklen Seite der Macht“ gehören alle Staaten, die man gemeinhin als Diktatur (Syrien, Ruanda, Myanmar, ...), Demokratur⁵ (Russland), Einparteienherrschaft (Kuba, Vietnam, ...) oder als absolute Monarchie (Brunei, Katar, Swasiland, ...) bezeichnen kann.

Zwischen den Idealtypen „Vollkommene Demokratie“ und „Vollkommene Autokratie“ gibt es nun eine **Vielzahl von Abstufungen, die oben angesprochenen Grautöne**. So „schmücken“ sich zahlreiche autokratische Staaten mit demokratischen Feigenblättern, wie etwa regelmäßigen Wahlen. Diese demokratischen Elemente sind dann aber faktisch schwach. Oft erkennt man derartige Pseudodemokratien an der „Dauerherrschaft“ (> 20 Jahre) eines „Regimes“. Diese Dauerherrschaft ist nämlich in der Regel nicht die Folge einer besonders guten Regierungsarbeit, sondern von

Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, 2016; erläuternd hierzu H. Ritz, Die Welt als Schachbrett - Der neue Kalte Krieg des Obama-Beraters Zbigniew Brzezinski, Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2008, S. 54 – 69.

⁴ Vgl. zum Begriff etwa „Der Kompass – Manifest der Konservative in der Union, RN 67, abrufbar unter [03_Der_Kompass - Jan 22.pdf \(ak-ku.online\)](#). Vgl. zum grundlegenden Problem („Neuer Systemkonflikt“) o. V., Der neue Systemkonflikt – Vor welchen Entscheidungen Deutschland steht, Bertelsmann-Stiftung v. 25.11.20, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/systemkonflikt/publikationsserie-startseite>.

⁵ Vgl. zum Schlagwort den diesbezüglichen Eintrag „Demokratur“, abgerufen am 25.07.22 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratur>.

schwachen Checks & Balances. Und oft sind derartige Staaten gekennzeichnet durch eine grassierende Korruption,⁶ da Korruption ein Kennzeichen eines schwachen Rechtsstaates ist.⁷

Unabhängig von der Einteilung in „Demokratien“ und „Autokratien“ gibt es, im Gegensatz zum Brettspiel, noch eine weitere Art von Staaten. Sie spielen auf dem Spielfeld sozusagen die Rolle der „umgeworfenen Bauern“. Es handelt sich hierbei um die sogenannte „**failed states**“, wie etwa Somalia, Libyen oder neuerdings vielleicht auch Mali, in denen eine staatliche Ordnung nicht mehr oder nur noch auf „Inseln staatlicher Herrschaft in einem Meer von Anarchie“ existiert.

Wer sich selbst als „Demokrat“ bezeichnet, für den ist die Demokratie – um den großen Winston Churchill⁸ leicht abgewandelt zu zitieren – zwar **eine schlechte Staatsform, von allen Staatsformen allerdings immer noch die beste!** Sie mag viele Nachteile haben – quälend langsame Planungsverfahren seien an dieser Stelle nur exemplarisch genannt. In der Summe überwiegen jedoch langfristig ihre Vorteile für „Otto-Normalbürger“. Es gibt dem Staatsbürger mehr als nur ein Gefühl von Wichtigkeit, wenn er hin und wieder in Wahlen nach seiner Meinung gefragt wird – und diese dann sogar beachtlich ist! Es ist schön, sich auf objektive Institutionen, wie die öffentliche Verwaltung, eine gerechte Justiz oder die Approbation eines Arztes verlassen zu können, ohne befürchten zu müssen, dass dies „alles nur gekauft sei“. Und es beruhigt, wenn man sich auf die Wirkung von Grundrechten verlassen kann und daher nicht fürchten muss, für das Hochhalten eines weißen Schildes für die nächsten Jahre in einem sibirischen Gulag zu verschwinden.⁹

⁶ Eine gute Übersicht diesbezüglich gibt der Corruption Perceptions Index, vgl. den diesbezüglichen Eintrag „Korruptionswahrnehmungsindex“, abgerufen am 25.07.22 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Korruptionswahrnehmungsindex>.

⁷ Vgl. zur Beziehung zwischen Rechtsstaat und Korruption etwa F. Stolpe, Kein Rechtsstaat ohne Antikorruption und Integrität in der Justiz, Blogbeitrag v. 10.04.2019, abgerufen am 25.07.22 unter <https://peacelab.blog/2019/04/kein-rechtsstaat-ohne-antikorrupition-und-integritaet-in-der-justiz/>; F. Rinke e. a. Corrupt Judges – Threat to the Constitutional State, in: KAS, International Reports 4/2019, abgerufen am 25.07.22 unter <https://www.kas.de/documents/259121/7787920/Corrupt+Judges+%E2%80%93+Threat+to+the++Constitutional+State.pdf/5b292b48-e98f-ce3c-ffa4-e7fe046ef978?version=1.0&t=1575996187927>; Interessant in diesem Zusammenhang der Plan der EU für einen „Rechtsstaats-TÜV“, vgl. diesbezüglich o. V., Justiz, Medien, Korruption: EU-Kommission legt „Rechtsstaats-TÜV“ vor, Handelsblatt v. 12.07.22, abgerufen am 27.07.22 unter <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-justiz-medien-korruption-eu-kommission-legt-rechtsstaat-tuev-vor/28501394.html>.

⁸ Vgl. Rede vor dem Unterhaus am 11. November 1947, Sitzungsprotokoll, abgerufen am 28.07.22 unter [PARLIAMENT BILL \(Hansard, 11 November 1947\) \(millbanksystems.com\)](https://www.parliament.uk/hansard-1947-1953/11-november-1947).

⁹ Vgl. U. Seidler, Proteste in Russland: Eine Frau hält ein weißes Schild hoch und wird abgeführt, Berliner Zeitung v. 14.03.22, abgerufen am 28.07.22 unter <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/debatte/proteste-in-russland-eine-frau-haelt-ein-weisses-schild-hoch-und-wird-abgefuehrt-li.216795>.

Abgesehen von dieser positiven „Binnenwirkung“ (d. h. auf die Staatsbürger des jeweiligen Staates selbst) der demokratischen Staatsform scheint die Demokratie auch eine **positive „Außenwirkung“**, also in Bezug auf andere Staaten, zu haben. Es scheint, als seien Demokratien aus vielerlei Gründen¹⁰ in der Regel friedfertiger, als andere Staatsformen. Diese Hypothese wird in der Politikwissenschaft mit dem Begriff des „**Demokratischen Friedens**“ umrissen.¹¹ Sie hat offenbar seit Machiavelli und Kant ihre Anhänger und scheint sich auch in der empirischen Forschung zu bestätigen.¹²

Trotz all dieser Vorzüge ist die demokratische Staatsform kein Selbstläufer. Sie wurde im Alten Griechenland geboren und sie verschwand schon in der Antike wieder weitestgehend. Auch das Mittelalter kannte nur wenig Demokratie, etwa in den italienischen Republiken, den deutschen Reichsstädten und in der Republik Nowgorod. Erst mit der frühen Neuzeit und mit der Aufklärung hat das, was wir als „Aufgeklärte Staatsform“ bezeichnen, sich zumindest in Europa zu einem Erfolgsmodell entwickelt.¹³ **Ob es dies heute und weltweit ist, darf bezweifelt werden.** Gemäß dem Demokratieindex lebten 2021 nur 45,7% der Weltbevölkerung in einer Demokratie.¹⁴ Es scheint also Mitnichten so zu sein, dass Demokratie das stabilste aller politischen Systeme ist und dass früher oder später alle Regime zu einer Demokratie werden und es dann bleiben (Weimar lässt grüßen!). Schon die alten Römer glaubten vielmehr, dass Not kein Gebot kenne und daher – unter strengen

¹⁰ Zum einen sind Demokratien in ihren Abstimmungsprozessen langsamer, „schlittern“ somit nicht so schnell in eine kriegerische Auseinandersetzung (Ausnahmen bestätigen hier die Regel und haben oft Zusatzgründe. So war vor dem 1. Weltkrieg die Stimmung bereits seit mehreren Jahren aufgeladen und machte sich mit dem Kriegsausbruch Luft). Zum zweiten gibt es in der Demokratie ein System von Checks & Balances und eine im Zweifel opponierende Opposition. Dies macht das leichtfertige Lostreten eines Krieges schwer. Drittens sind Demokratien risikoaverser, müssen doch die Staatsbürger – zumindest im Fall der Wehrpflicht „ihr Fell zu Markte tragen“. Das senkt die Kriegslust ungemein. Andererseits fällt es einem ruhmstüchtigen Diktator wesentlich leichter, seine Soldaten „um des hehren Zieles willen zu verheizen“. Ein solcher Diktatur ist darüber hinaus eher psychologischen Affekten und Gefühlen ausgesetzt, während der „Volkszorn“ in der Regel verraucht, sobald die ersten Rationierungsmaßnahmen greifen...

¹¹ Zum Begriff und zur Geschichte vgl. den Wikipedia-Beitrag „Demokratischer Frieden“, abgerufen am 25.07.22 unter [Demokratischer Frieden – Wikipedia](#). Vgl. auch A. Geis: Diagnose: Doppelbefund – Ursache ungeklärt? Die Kontroverse um den "demokratischen Frieden" In: Politische Vierteljahresschrift, Band 42, Nr. 2, S. 282 ff., abgerufen am 25.07.22 unter [\(PDF\) Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die kontroversen um den „demokratischen Frieden | Anna Geis - Academia.edu](#).

¹² Vgl. diesbezüglich die Darstellung in der Wikipedia, Schlagwort „Demokratischer Frieden“, s. o.

¹³ Vgl. zur Geschichte der Demokratie o. V., Eine kurze Geschichte der Demokratie, auf den Seiten der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, abgerufen am 27.07.22 unter <https://www.slpb.de/themen/staat-und-recht/politische-theorie/eine-kurze-geschichte-der-demokratie>; o. V., Geschichte der Demokratie, Landeszentrale für politische Bildung BW, abgerufen am 27.07.22 unter <https://www.lpb-bw.de/geschichte-demokratie>

¹⁴ Vgl. Wikipedia, Eintrag „Demokratieindex“, abgerufen am 27.07.22 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratieindex>.

Voraussetzungen – in Krisenzeiten die Macht zeitweilig auf einen Diktator übertragen werden müsse.¹⁵

Wenn man also die Demokratie als „Beste unter den Regierungsformen“ erkannt hat, sollte man dann die Welt mit missionarischem Eifer einer „**Demokratisierungskampagne**“ unterziehen? Die Antwort lautet aus konservativer Sicht: Nein! Zumindest, was den missionarischen Eifer angeht. Wenn eine Staatsform (Demokratie), heute und in der Geschichte nur partiellen Erfolg als Regierungsform hatte, so sollte uns dies zu denken geben (Bewährt sie sich wirklich immer und überall?). Wenn sich eine Regierungsform, trotz militärischer Siege und großem äußeren Druck, nicht wirklich in einer Gesellschaft (Somalia, Afghanistan, Irak, Mali) durchsetzen kann, muss sie dann mit der „Brechtstange“ implementiert werden? Oder haben **Demokratie-Export**, „**Wilsonianism**“¹⁶ und „**Peace Keeping**“ **nicht doch ihre Grenzen**?¹⁷ Wird ein derartiger Export in den betroffenen Ländern nicht oft als „Neokolonialismus“, „Fremdbestimmung“ oder als „arrogante Verwestlichung“ durch den „Weltpolizisten USA“ aufgefasst?¹⁸

Es bedarf somit beim Demokratieexport, bzw. der Unterstützung der Demokratie in anderen Teilen der Welt, des **Augenmaßes und der Zurückhaltung**. Man sollte, wo es möglich und sinnvoll ist, Demokratiebestrebungen fördern, insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft (Näheprinzip!). Denn es ist besser, eine friedliche Demokratie mit ähnlichen Werten als Nachbarn zu haben, als eine waffenstarrende Autokratie. Ein solches „Gießen des Demokratie-Pflänzchens“ alleine reicht aber nicht! Der Samen der Demokratie muss, will er aufgehen, auch auf fruchtbaren Boden fallen.¹⁹ Dies war der Fall im Osteuropa der 1990er Jahre, jedoch nicht im Somalia der gleichen Zeit. Man tut daher gut daran, die Frage eines Demokratieexports von Fall zu Fall abzuschätzen. Und man sollte dabei sich selbst, die eigenen Werte und die eigenen Möglichkeiten nicht überschätzen und in ein idealistisch-moralistisches

¹⁵ Vgl. diesbezüglich Wikipedia, Eintrag „Römischer Diktator“, abgerufen am 27.07.22 unter https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6mischer_Diktator.

¹⁶ Zum Begriff vgl. Wikipedia, Schlagwort „Wilsonianism“, abgerufen am 27.07.22 unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Wilsonianismus>.

¹⁷ Vgl. o. V., Eurotopics, Afghanistan: Demokratieexport und seine Grenzen, abgerufen am 27.07.22 unter <https://www.eurotopics.net/de/266611/afghanistan-demokratie-export-und-seine-grenzen#>.

¹⁸ I. d. S. D. Gädeke, Lässt sich Demokratie exportieren? In: Deutschlandfunk, abgerufen am 27.07.22 unter <https://www.deutschlandfunkkultur.de/politologin-dorothea-gaedeke-laesst-sich-demokratie-100.html>.; Jan Vavra, in: Cesky Rozlas v. 22.08.21, zitiert nach Eurotopics (FN 15); P. Starzmann, Warum wir eine postkoloniale Außenpolitik brauchen, in: Der Tagesspiegel v. 21.08.21, abgerufen am 27.07.22 unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/lehren-aus-dem-afghanistan-debakel-warum-wir-eine-post-koloniale-aussenpolitik-brauchen/27536680.html>.

¹⁹ Vgl. i. d. S. o. V., Demokratieexport? Bericht des HPD v. 24.05.2007, abgerufen am 27.07.22 unter <https://hpd.de/node/1993>.

„Weltbeglückertum“ verfallen. Es ist eine „deutsche Krankheit“²⁰ zu glauben, dass am deutschen Wesen die Welt genesen müsse. Diese Krankheit befahl schon Kaiser Wilhelm II und heute befällt sie weite Teile der Grünen, wenn es um den Klimaschutz geht.

Wie sollte sich Deutschland somit in der multipolaren Weltordnung des 21. Jahrhunderts verhalten, **welche Rolle sollte es spielen, wie sollte es seine Außenpolitik gestalten?** Der **AKKU** hat hierzu einige Grundsätze entwickelt, die sich auch im „Konservativen Wahlprogramm“ wiederfinden. Darin heißt es:²¹

„Deutschland setzt seine Interessen **freundschaftlich und fair nach dem „tit for tat-Prinzip“ durch.** Wirtschafts- und Entwicklungshilfeabkommen sollen mit Außen- und Sicherheitsabkommen gekoppelt und harmonisiert werden. Konkret: Aus der Nicht-Kooperation eines Staates in der Asylpolitik folgt beispielsweise die Nicht-Kooperation Deutschlands in der Zoll- und Entwicklungshilfepolitik“ [RN 54].

„Deutschland kooperiert besonders mit „Staaten der näheren Umgebung“ und wirkt (soweit nötig) darauf hin, dass diese Staaten der „Aufgeklärten Staatsauffassung folgen“ (durch politische, wirtschaftliche, und ideelle Unterstützung, Initiative und Einflussnahme). Dies gilt insbesondere bei der Überwindung von Krisen, etwa durch humanitäre Hilfe, Vermittlung, Wiederaufbauhilfe oder die Einrichtung von Schutzzonen. Derartige Maßnahmen sollen mit den europäischen Partnern abgestimmt durchgeführt werden“ [RN 55].

„Deutschland wird **militärisch nur mit Staaten kooperieren, die dem Aufgeklärten Staatsmodell („Demokratische Staaten“) folgen.** Folglich können auch nur solche Staaten Mitglied der Nato sein. Rüstungsexporte gleich welcher Art, in nicht-demokratische Staaten (derzeit etwa Saudi-Arabien, China oder Ägypten) finden nicht statt“ [RN 59].

Die jüngsten Entwicklungen haben zudem gezeigt, dass sich Deutschland in bestimmten Bereichen extrem von Autokratien abhängig gemacht hat. Wir beziehen

²⁰ Es ist im Übrigen nicht die einzige „deutsche Krankheit“. „Deutsche Arroganz“ vereinigt sich mit der „Deutschen Angst“ zur „Deutschen manischen Depressivität“ („Himmelhoch jauchzend – zu Tode betrübt“er Welterschmerz!“). Engländer bezeichnen diese deutschen Charakterzüge mit „German Assertiveness“ und „German Angst“, vgl. Wikipedia-Eintrag „German Angst“, abgerufen am 28.07.22 unter https://de.wikipedia.org/wiki/German_Angst. In diesem Zusammenhang interessant ist der wohl gescheiterte Versuch der Liberalen, aus „German Angst“ einen „German Mut“ zu machen, vgl. diesbezüglich etwa o. V., German Mut, statt German Angst, Motto des 66. Parteitags, abgerufen am 28.07.22 unter <https://www.liberales.de/content/german-mut-statt-german-angst>. Über den Mut in all seinen Facetten (Hochmut, Übermut, Kleinmut, Wankelmut, ...) wird noch an anderer Stelle einzugehen sein. Denn bei „Mut“ und „Gemüt“ handelt es sich einerseits nach Ansicht des Autors um etwas „typisch deutsches“. Andererseits ist „Mut“ auch Grundlage jeglicher guten Politik, vgl. Thúkýdídés, Gefallenenrede des Perikles, „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut“, abgerufen am 31.08.2022 unter <https://beruhmte-zitate.de/zitate/130629-thukydidés-das-geheimnis-des-glücks-ist-die-freiheit-das-geh/>.

²¹ Vgl. https://ak-ku.online/fileadmin/Resources_rti/Public/Redaktion/Downloads/2022/07_Das_konservative_Wahlprogramm_bis_2032.pdf, dort S. 17 f.

russisches Erdgas und wir exportieren nach China in einem Maß, das unsere Unabhängigkeit in Frage stellt.²² Wir müssen unsere **Wirtschaft deutlich diversifizieren und zwar auch unter Demokratiegesichtspunkten**.²³ Denn es scheint, als ob Demokratien eher regelbasiert verhandeln, vertragstreuer sind und Wirtschaft weniger als Waffe einsetzen, als Autokratien.²⁴ Und ein Handeln auf der Grundlage ähnlicher Werte und Interessen führt auch eher zu einem Gleichklang von Interessen, als zu einem Interessengegensatz.²⁵ Dies gilt insbesondere im Bezug auf

²² So bezog Deutschland 2021 55% seines Erdgases von Russland (vgl. Tagesschau, Wie abhängig Deutschland von Russland ist, 27.04.22, abgerufen am 29.7.22 unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gas-stopp-faq-101.html>). Die Vermutung liegt nahe, dass das erratische Regierungshandeln im Bezug auf Waffenlieferungen der Furcht vor einem „russischen Gaskrieg“ gegen Deutschland geschuldet ist (Vgl. B. Kohler, Der Eiertanz nach der Zeitenwende, FAZ v. 01.06.22, abgerufen am 29.07.22 unter [Merz lockt Scholz aus der Reserve: Eiertanz nach der Zeitenwende \(faz.net\)](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/merz-lockt-scholz-aus-der-reserve-eiertanz-nach-der-zeitenwende-17867569.html); D. Löffler, Europäische Nachbarn verstehen den deutschen Eiertanz im Ukraine-Konflikt nicht, Südkurier v. 30.01.22, abgerufen am 29.07.22 unter [Politik: Europäische Nachbarn verstehen den deutschen Eiertanz im Ukraine-Konflikt nicht | SÜDKURIER \(suedkurier.de\)](https://www.suedkurier.de/Politik/Europaeische-Nachbarn-verstehen-den-deutschen-Eiertanz-im-Ukraine-Konflikt-nicht-17867569.html); M. Kubina, Angstdebatte ums Gas nutzt Putin, in: Tagesschau v. 11.07.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.tagesschau.de/kommentar/wartung-nordstream1-kommentar-101.html>).

Vgl. hinsichtlich der Abhängigkeit von China: H. Müller, Deutschlands fatale Abhängigkeit von China, in: Der Spiegel v. 02.05.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/deutschlands-fatale-abhaengigkeit-von-china-a-60aaf956-d544-4733-ae1f-b602bb4ab521>; H. Ankenbrand e. a., Könnte sich Deutschland den Abschied vom chinesischen Markt leisten?, in: FAZ v. 11.03.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-abhaengig-ist-deutschland-von-china-wirtschaftlich-17867569.html>.

²³ I. d. S. J. Spahn, Drei Leitlinien für einen besseren Freihandel, in: WirtschaftsWoche v. 19.06.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/jens-spahn-ueber-aussenwirtschaft-drei-leitlinien-fuer-einen-besseren-freihandel/28426320.html>; Lesenswert: L. Menkhoff, Wenn Deutschland nur mit Demokratien handelt, in: Wirtschaftsdienst 2022, S. 523 – 528, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2022/heft/7/beitrag/kleine-welt-wenn-deutschland-nur-mit-demokratien-handelt.html>.

²⁴ Diese „steile“ These speist sich aus folgenden Überlegungen: Demokratien sind konsensorientierter als Autokratien. In Demokratien dauert es somit länger, Entscheidungen zu finden. Diese sind dann aber „ausdiskutiert“. Autokratien müssen intern nichts aushandeln. Sie ordnen an. Diese „Denke“ lässt sich zu einem gewissen Teil auch auf die Außenpolitik von Autokratien übertragen. Sie ist kompromissloser. Dies gilt auch, weil Autokratien oftmals nach innen „den starken Mann spielen müssen“ und oftmals durch das Gesetz des Stärkeren und die Neigung zu „einfachen Lösungen“ („Hau drauf und Schluss!“) geprägt sind. Es fehlt offenbar noch an einer wissenschaftlichen Untersuchung zu diesem Themenkomplex. Beispielhaft lässt sich für diese These anführen, dass etwa für Hitler Verträge oftmals nur Mittel zum Zweck waren, die man bei Bedarf fallenlassen konnte (Bsp.: Münchner Abkommen, Hitler-Stalin-Pakt). Diese „Kompromisslosigkeit-aus-Stärke-Regel“ gilt allerdings nur, wenn sich Autokratien sie sich erlauben können. Aus diesem Grunde ist das Tit-for-tat-Prinzip so mächtig. Denn im Gegensatz zum „geduldigen Vertragspapier“ zahlt es mit gleicher Münze heim („Wie Du mir, so ich Dir“) und liefert so einen starken Anreiz, nicht dauerhaft zu defektieren.

²⁵ Zur Frage, ob und wie man mit Autokratien Handel treiben sollte vgl. E. Frey, Ethik in Beziehungen zu Autokratien, in: Der Standard v. 07.05.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.derstandard.de/story/2000135505433/das-geschaefit-mit-den-boesen-ueber-die-ethik-bei-wirtschaftlichen>; o. V., BDI, Wie soll die Wirtschaft mit Autokratien umgehen?, abgerufen am 29.07.22 unter <https://bdi.eu/artikel/news/wie-soll-die-wirtschaft-mit-autokratien-umgehen/>; BDI, Autokratien:

Russland und China, die sich heute wohl mehr als geostrategische Rivalen des „Westens“, denn als seine Partner sehen.²⁶

Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts sollte sich daher an folgenden **Maximen** ausrichten:

1. Deutschland fördert Demokratie, wo dies möglich ist und Aussicht auf Erfolg bietet. Der Schwerpunkt liegt dabei bei den Staaten der näheren Umgebung. Man tut dies im Konzert mit den EU- und Nato-Verbündeten.
2. Deutschland kooperiert vornehmlich mit den Ländern, die der aufgeklärten Staatsauffassung folgen, es meidet die militärische Kooperation mit Autokratien.
3. Von Abenteuern beim „Nation-Rebuilding“ von Failed States ist Abstand zu nehmen, ebenso von einem zu idealistischen „Weltbeglückertum“.
4. Deutschland richtet seine äußeren Beziehungen nach dem Tit-for-Tat-Prinzip aus und fährt damit eine konsequente und berechenbare Außenpolitik aus „einem Guss“.
5. Deutschland befreit sich von zu starken Abhängigkeiten von Autokratien.

Fortsetzung folgt...

Handelspartner oder geoökonomische Rivalen? BDI-WEbTalk zur Bundestagswahl 2021 v. 06.09.21, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.youtube.com/watch?v=oHDlasO4zPg>.

²⁶ Vgl. M. Koch, China ist für Europa kein Partner, sondern ein Rivale, Handelsblatt v. 31.03.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-china-ist-fuer-europa-kein-partner-sondern-ein-rivale/28218436.html>; S. Baier, China ist Europas großer Rivale, Tagespost v. 13.01.22, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.die-tagespost.de/politik/china-ist-europas-grosser-rivale-art-224593>; Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten, Antwort auf die Große Anfrage v. 30.06.2020 (hib 683/ 2020), abgerufen am 29.07.22 unter https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2020_06/703540-703540; K. Strittmatter, Ein gemeinsamer Rivale ist der beste Kitt, Süddeutsche Zeitung v. 20.05.2014, abgerufen am 29.07.22 unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/verhaeltnis-zwischen-russland-und-china-ein-gemeinsamer-rivale-ist-der-beste-kitt-1.1968868>.